Kapitel 10
Politische Partizipationsbereitschaft

Beteiligungsformen aus Sicht junger Bürger*innen

Daniel Deimel & Katrin Hahn-Laudenberg

10.1 Einleitung

Partizipation als Legitimation demokratischer Systeme

Beteiligungsrechte von Bürger*innen sind ein zentrales Merkmal von Demokratien und eng verbunden mit einer ergebnisoffenen Abwägung von Entscheidungen sowie mit Normen politischer Freiheit und Gleichheit (Schmidt, 2010). Weiter sind „demokratische politische Systeme […] zur Sicherung ihrer Überlebensfähigkeit auf eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen den politischen Strukturen und den Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen" (Niedermayer, 2005, S. 13). In diesem Zusammenhang wird die Bereitstellung von Möglichkeiten zur politischen Partizipation von Bürger*innen relevant. Diese ermöglicht Entscheidungen letztlich auf Grundlage einer „Weisheit der Vielen" (Roth, 2011). Die Ermöglichung von Partizipation für Bürger*innen im Sinne einer Mitbestimmung über die Verhältnisse, in denen sie leben, ist folglich nicht nur zentrales Charakteristikum von demokratischen Gesellschaften, sondern gleichermaßen Voraussetzung (Almond & Verba, 1963/1989) und Legitimation dieser politischen Ordnung (Barber, 2014; Dahl, 1989).

Inhalt des Kapitels

In diesem Kapitel werden Ergebnisse zu verschiedenen Facetten der politischen Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen vorgestellt, zunächst zur wahlbezogenen (Kap. 10.2) sowie zur institutionenbezogenen Partizipation (Kap. 10.3). Im Weiteren wird auf die Bereitschaft von Jugendlichen eingegangen, sich außerhalb des institutionellen Rahmens von repräsentativen Demokratien einzubringen, etwa mit problembezogener Partizipation (Kap. 10.4), darunter mit einem Fokus auf das Thema Umwelt (Kap. 10.5) sowie im Rahmen zivil ungehorsamer Partizipationshandlungen (Kap. 10.6). Weiter wird Partizipationsbereitschaft im Kontext der Migrationsgesellschaft betrachtet (Kap. 10.7).

Konzeptuelle Herausforderungen für Forschung zu politischer Partizipation

Das Kapitel spiegelt wider, dass ICCS 2022 ein *breiter* und multidimensionaler Partizipationsbegriff zugrunde liegt. Die vorgestellten Dimensionen zeigen eine Passung zu historisch gewachsenen Definitionen von politischer Partizipation, die sich aus der damit verbundenen Frage ergeben haben, welche Handlungen als Akte politischer Partizipation gelten (für eine Übersicht z. B. Deimel, 2023). Als konzeptuell herausfordernd für Forschung zu politischer Partizipation erweist sich in jüngerer Zeit die Fassung der spezifischen Möglichkeiten der politischen Partizipation im digitalen Raum (*digitally networked participation,* Theocharis, 2015) sowie, durchaus damit im Wechselverhältnis stehend, das wandelnde gesellschaftliche Verständnis von genuin nicht politischem Verhalten als *politisch* (van Deth, 2014). Indem Handelnde eine politische Zielsetzung äußern, wird diese Handlung zu einem politischen Akt: Bestimmte Produkte nicht zu kaufen wird erst dadurch zu politischer Partizipation, indem dieser Boykott etwa als Protest gegen schlechte Produktionsbedingungen deklariert wird. Allerdings definiert sich politische Partizipation nicht allein über die individuelle Intention.

Deimel, D. & Hahn-Laudenberg, K. (2024). Politische Partizipationsbereitschaft. Beteiligungsformen aus Sicht junger Bürger*innen. In H. J. Abs, K. Hahn-Laudenberg, D. Deimel & J. F. Ziemes (Hrsg.), *ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich* (S. 201–221). Waxmann. CC BY 4.0. https://doi.org/10.31244/9783830998228.10

Definition politischer Partizipation

Um nun sowohl politische Handlungen im engeren und weiteren Sinne konzeptuell fassen zu können, entwickeln Theocharis und van Deth (2018) eine Heuristik, mit der verschiedene politische Partizipationsakte potenziell kategorisiert werden können. Sie umfasst acht Kriterien: Politische Partizipation sind demnach alle (1) Aktivitäten, die (2) freiwillig und (3) nicht professionell von Bürger*innen in ihrer Bürgerrolle ausgeübt werden, welche (4) sich im weitesten Sinne in der Sphäre des Politischen, der Regierung oder des Staates befinden oder (5) auf diese Sphäre abzielen oder (6) darauf abzielen, kollektive Probleme oder Probleme in der Gemeinde zu lösen, oder (7) in einem allgemeinen politischen Kontext stattfinden oder (8) genutzt werden, um politische Ziele oder Intentionen auszudrücken. Um als politische Partizipation zu gelten, muss eine Handlung zwingend die ersten drei Kriterien sowie eines der weiteren Kriterien erfüllen. Auch die Systematik von Ekman und Amnå (2012) bietet die Möglichkeit, Handlungen an einer Reihe von Kriterien zu prüfen und einer bestimmten Kategorie politischer Partizipation zuzuordnen. Somit werden individuelle von kollektiven Handlungen sowie latent-politische von manifest-politischen Handlungen unterscheidbar. Wie für ICCS 2016 werden auch in ICCS 2022 Messinstrumente eingesetzt, deren Dimensionierung sich gut an die Systematisierung von Uehlinger (1988) anlehnen lässt (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017), indem wahlbezogene, institutionenbezogene, problembezogene und illegale Partizipationsformen differenziert werden. Daher folgt die Ergebnisdarstellung dieser Systematisierung und verweist soweit weiterführend innerhalb der Abschnitte auf konzeptuelle Weiterentwicklungen.

Dimensionen politischer Partizipation in ICCS

Abgrenzung von Partizipation und Partizipationsbereitschaft

Die in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnisse beziehen sich nicht auf zurückliegende Partizipationshandlungen der 14-jährigen Jugendlichen,[1] sondern auf deren Partizipations*bereitschaft*. In der Partizipationsforschung wurden etwa zunächst durch Barnes et al. (1979) Fragen zur Partizipationsbereitschaft eingesetzt, um Informationen zu Handlungen zu gewinnen, von denen angenommen wurde, dass diese von der Mehrheit in der Vergangenheit nicht ausgeübt wurden – etwa die Teilnahme an Protesten. Partizipationsbereitschaft wird in so einem Kontext als Proxy-Variable eingesetzt – also als Näherungsmaß für etwas, dass nicht unmittelbar ökonomisch messbar ist. Auch bei Jugendlichen ist die Nutzung von Partizipationsbereitschaft als Proxy-Variable üblich, um politische Handlungen zu erfassen, die ihnen noch nicht legal offenstehen, etwa die Ausübung des Wahlrechts.

Intentionen als Vorbedingung von Handlungen

Vor dem Hintergrund des *Reasoned Action Approach* (Fishbein & Ajzen, 2010) kann Handlungsintentionen ein zentraler Stellenwert für die kausale Erklärung von Handlungen zugeschrieben werden. In der Intention spiegelt sich eine komplexe Verarbeitung kontextueller Informationen, die sich wiederum individuell in handlungsbezogenen Einstellungen, normativen Überzeugungen sowie Kontrollüberzeugungen abbilden lassen. Handlungsbezogene Einstellungen beziehen sich auf die individuelle positive oder negative Bewertung einer bestimmten Handlung. Wird die Folge einer Handlung als positiv evaluiert, also beispielsweise die eigene politische Beteiligung als sinnhaft oder wirkungsvoll wahrgenommen, wird sie wahrscheinlicher (hierzu auch Whiteley, 1995). Normative Überzeugungen regulieren Handlungen basierend auf Normen, die in der Regel im sozialen Umfeld einer Person grundgelegt sind. Ob politische Partizipation, etwa die Teilnahme

1 Je nach Systematik könnte die Mitarbeit in schulischen Mitbestimmungsgremien auch als politische Partizipation verstanden werden, etwa auf der latent-politischen Dimension (z. B. Ekman & Amnå, 2012) oder als politische Partizipation im Sinne freiwilliger, nicht professioneller Aktivität von Bürger*innen mit dem Ziel, kollektive Probleme zu lösen (Theocharis & van Deth, 2018). Um thematisch konsistent zu bleiben, haben wir uns im aktuellen Band dazu entschieden, alle Fragen der Partizipation in der Schule in einem gesonderten Kapitel zu behandeln.

an Wahlen, als soziale Norm aufgefasst wird, ist das Ergebnis von individuellen Erfahrungen in der Gesellschaft selbst, der Beziehung zwischen Individuum und staatlichem System sowie dem politischen Kontext einer Demokratie (Goerres, 2010). Wird diese Handlung im sozialen Kontext als angemessen betrachtet, wird sie von Individuen mit größerer Wahrscheinlichkeit ausgeübt (zu Bürgeridealen vgl. Kap. 5). Kontrollüberzeugungen beziehen sich auf die Überzeugung einer Person, eine bestimmte Handlung tatsächlich ausführen zu können, unter Berücksichtigung von verfügbaren Informationen, Fähigkeiten und Ressourcen (dazu auch politische Selbstwirksamkeit, Kap. 4). Vor diesem Hintergrund haben Handlungsintentionen einen eigenständigen Wert als Konstrukt, da sich in ihnen die Verarbeitung von Erfahrungen spiegelt, die Personen in ihrer (sozialen) Umwelt gemacht haben (Deimel, 2023).

Partizipationsbereitschaft als kausale Bedingung von Partizipation

Politische Partizipationsbereitschaft kann somit als kausale Vorbedingung für Partizipationshandlungen verstanden werden (Eckstein et al., 2013; Quintelier & Blais, 2016). Gleichzeitig werden Partizipationsintentionen im Jugendalter häufiger berichtet als Partizipationshandlungen bei Erwachsenen (Hooghe & Wilkenfeld, 2008) und selbstberichtete Partizipation häufiger als validierte Partizipation (Achen & Blais, 2016). Dieses Auseinanderfallen von Intention und Handlung ist besonders dann relevant, wenn Partizipationsintention als Proxy-Variable genutzt wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass ähnliche empirische Erklärungsmodelle geeignet sind, um sowohl Partizipationsintention als auch -handlung vorherzusagen (Achen & Blais, 2016; Quintelier & Blais, 2016). Die Analyse von Kontexten, in denen Partizipationsbereitschaft entsteht, ist folglich gleichzeitig relevant für das Verständnis davon, warum Bürger*innen politisch partizipieren oder nicht. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des Jugendalters für die politische Sozialisation (Neundorf & Smets, 2017) kann politische Partizipationsbereitschaft ein interessanter Indikator für die Planung von Angeboten der politischen Bildung sein.

Veränderte Partizipationsmuster als aktuelle Herausforderung

Insgesamt zeigt sich, dass die Bereitschaft zur politischen Partizipation insbesondere in Bezug auf (staatliche) Institutionen einem konstanten Rückgang unterworfen ist. Dies gilt etwa für die Ausübung des Wahlrechts (Vetter & Remer-Bollow, 2017), aber auch für die Mitgliedschaften in Parteien, die seit 1990 kontinuierlich abnehmen (Niedermayer, 2023). Gleichzeitig sind insbesondere für Jugendliche alternative politische Ausdrucksformen relevant (Hoffmann-Lange & Gille, 2016), zuletzt sichtbar in jüngeren politischen Bewegungen wie „Fridays for Future“ (Haunss & Sommer, 2020). Außerdem gibt es in digitalen Umgebungen vielfältige Möglichkeiten, sowohl am politischen Diskurs teilzunehmen und somit Teilhabe zu erfahren als auch eine Grundlage für pädagogisch gestützte Reflexionsprozesse zu schaffen (Kenner & Lange, 2020).

Gleichwohl gilt weiterhin, dass nicht alle jungen Menschen gleichermaßen Bereitschaft zeigen, verschiedene Arten politischer Partizipation auszuüben. Dabei bestätigt sich die Relevanz unterschiedlicher Sozialisationsprozesse innerhalb und außerhalb der Schule (Baykara-Krumme & Deimel, 2017; Eckstein et al., 2013). Die Schule ist mit ihrer Integrationsfunktion dabei eine zentrale gesellschaftliche Institution zur Transmission entsprechender Normen (Fend, 2009), die zudem mit einer allgemeinen Schulpflicht potenziell alle jungen Menschen in einer Demokratie erreicht. Im Fokus des Kapitels steht die aktuelle politische Partizipationsbereitschaft der 14-Jährigen, also die Einschätzung der befragten Schüler*innen, welche politische Handlungen sie zukünftig oder als Erwachsene ausüben wollen. Dazu wird auf Grundlage der empirischen Basis von ICCS 2022 die Frage beantwortet, wie sich die Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen

zwischen verschiedenen Formen von Partizipation und im internationalen Vergleich unterscheidet.

10.2 Wahlbezogene Partizipationsbereitschaft

Wahlbezogene Partizipationsbereitschaft bezieht sich auf die Ausübung des aktiven Wahlrechts sowie entsprechende Vorbereitungshandlungen. Die Teilnahme an Wahlen ist in Demokratien ein konstitutives Element und grundlegendes Recht von Bürger*innen. Dennoch wird es in unterschiedlicher Weise genutzt. Bis zur Bundestagswahl 2009 war die Wahlbeteiligung in Deutschland auf vergleichsweise hohem Niveau, wenn auch konstant rückläufig, bis sie 2021 aber wieder auf ca. 77 % gestiegen ist (DESTATIS, 2023, Tabelle 14111). Gerade der Anteil junger Wähler*innen liegt jedoch deutlich unter dem Durchschnitt (Der Bundeswahlleiter, 2022). Auch Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund[2] wählen etwas seltener, wobei dies nur zum Teil auf migrationsbezogene Faktoren rückführbar und stark mit sozioökonomischen Variablen konfundiert ist (Mayer et al., 2021). Die hohe Bedeutsamkeit des sozioökonomischen Status in Bezug auf wahlbezogene Partizipationsbereitschaft zeigt sich bereits in ICCS 2016 (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017), wobei der Zusammenhang zum sozioökonomischen Status für eine Vielzahl von Ländern zeitlich konstant beschrieben werden kann (Schulz et al., 2010; Schulz et al., 2018).

Operationalisierung von wahlbezogener Partizipationsbereitschaft in ICCS

Unter der Fragestellung „Unten sind verschiedene Wege aufgelistet, auf denen Erwachsene eine aktive Rolle in der Gesellschaft übernehmen können. Wenn du erwachsen bist: was denkst du, wirst du tun?“ wurden insgesamt elf politische Partizipationshandlungen zu Bewertung vorgelegt („Ich werde das sicher tun“, „Ich werde das wahrscheinlich tun“, „Ich werde das wahrscheinlich nicht tun“, „Ich werde das sicher nicht tun“). Aspekte wahlbezogener Partizipationsbereitschaft werden mit insgesamt fünf Items erfasst (IS4G32A-C, J, K).

A. An Kommunalwahlen teilnehmen#
B. An Bundestagswahlen teilnehmen#
C. Vor der Wahl Informationen zu Kandidat*innen suchen#
J. An Landtagswahlen teilnehmen
K. An Europawahlen teilnehmen

Die Fragen sind jeweils auf den Kontext eines Landes angepasst – so findet sich etwa in Item B in jedem Land der Name des entsprechenden nationalen Parlaments. Weiter sind die Items zu regionalen Wahlen und Europawahlen nur dort Teil des Fragebogens, wenn Bürger*innen auch tatsächlich an einer solchen teilnehmen können. Die genutzten Fragen sind identisch zu denen der letzten Studienzyklen. Die Antworten zu drei mit # gekennzeichneten Items wurden zu einer international vergleichbaren Skala (S_ELECPART) zusammengefasst, die über die teilnehmenden Länder hinweg eine hohe Reliabilität (Cronbachs $\alpha = 0.87$) erzielt. Die Skala eignet sich insbesondere zum Vergleich zwischen Ländern und über die

2 In Kapitel 18 dieses Berichts wird die Ersetzung der Analysekategorie des Migrationshintergrunds (im Sinne von Menschen, bei denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist), die in ICCS 2016 verwendet wurde, durch die neue Analysekategorie „Menschen mit internationaler Geschichte“ (beide Elternteile und/oder die Person selbst im Ausland geboren) begründet. Darüber hinaus verwendet dieses Kapitel die kategorialen Bezeichnungen, die in der zitierten Literatur verwendet werden und benennt bei vertiefenden Analysen in Abschnitt 10.7 die im Vergleich differenzierten Gruppen im Detail.

Zeit und ist auf einen Mittelwert von 50 und einer Standardabweichung von 10 auf Basis des internationalen Mittelwerts in ICCS 2009 standardisiert.

Exemplarischer Tabellenaufbau

Tabelle 10.1 zeigt die Anteile der Schüler*innen, die auf die jeweiligen Fragen mit „Ich werde das sicher tun" bzw. „Ich werde das wahrscheinlich tun" geantwortet haben sowie den Skalenwert der wahlbezogenen Partizipationsbereitschaft. Für alle Werte wird der Standardfehler der Populationsschätzung angegeben. Weiter wird für die Skalenwerte ein Indikator (als Pfeil oder Punkt) angegeben, ob und in welche Richtung sich ein jeweiliger Wert vom europäischen Vergleichswert signifikant unterscheidet ($p < 0.05$). Alle weiteren Tabellen in diesem Kapitel folgen diesem Aufbau. Nach den Anteilen für Nordrhein-Westfalen (NRW) und Schleswig-Holstein (SH) wird als europäischer Vergleichswert der Mittelwert der darunter aufgeführten europäischen Bildungssysteme angegeben. Zuletzt werden die außereuropäischen Vergleichsländer aufgeführt.

Unterdurchschnittliche wahlbezogene Partizipationsbereitschaft in NRW und SH

Im Allgemeinen zeigt sich, dass Schüler*innen in NRW signifikant seltener als der europäische Durchschnitt wahlbezogen partizipieren wollen. Dies gilt entsprechend auch für SH, wenngleich auch auf einem leicht höheren Niveau. Im direkten Vergleich der verschiedenen Wahlen zeigt sich für die beiden deutschen Bundesländer zudem eine relativ geringe Bedeutung der Kommunalwahlen. In keinem der verglichenen Bildungssysteme wollen weniger Jugendliche als in NRW und SH „sicher" oder „wahrscheinlich" an diesen teilnehmen. Dies ist ein auffallend anderes Muster als im Nachbarland Niederlande, in denen die Schüler*innen im Durchschnitt einen ähnlichen Skalenwert erreichen: Diese wollen dort zwar häufiger an kommunalen Wahlen teilnehmen, sich aber deutlich seltener vorher über Kandidat*innen informieren. Die Beobachtung der unterdurchschnittlichen wahlbezogenen Partizipationsbereitschaft mitsamt relativ geringerer Bedeutung kommunaler Wahlen entspricht etwa den Mustern, die für ICCS 2016 beschrieben wurden (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017).

War NRW in ICCS 2016 noch europäisches Schlusslicht, was die wahlbezogene Partizipationsbereitschaft anging, ist vor allem die Reduktion der Bereitschaft in den baltischen Ländern auffällig. In Lettland liegt der Wert mit fünf Skalenpunkten bzw. einer halben Standardabweichung unter dem Wert von 2016. Schüler*innen in Polen dagegen zeigen sich durchaus politisiert und auch in Rumänien erfährt wahlbezogene Partizipation einen überdurchschnittlichen Zuspruch. Außerhalb der europäischen Vergleichsgruppe fällt aufgrund des im Vergleich hohen Anteils der Schüler*innen, die wahlbezogen partizipieren wollen, insbesondere Taiwan auf, was im Profil mit den südeuropäischen Ländern vergleichbar ist.

Tabelle 10.1: Wahlbezogene Partizipationsbereitschaft

	Anteil Schüler*innen für die Antwortkategorien: „Ich werde das sicher tun“ und „Ich werde das wahrscheinlich tun“										Skalenwert		
	Teilnahme kommunale Wahlen		Teilnahme Wahl nationales Parlament		Informations-suche (Kandidat*in-nen)		Teilnahme regionale Wahlen (z. B. Landtag)		Teilnahme Europawahl		Wahlbezogene Partizipations-bereitschaft		
	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	*M*	(*SE*)	
Nordrhein-Westfalen[1]	57.9	(1.4)	72.9	(1.2)	72.0	(1.1)	62.5	(1.3)	62.7	(1.2)	46.9	(0.3)	↓
Schleswig-Holstein[1,2]	60.3	(1.8)	77.5	(1.5)	76.9	(1.7)	66.9	(1.6)	66.3	(1.6)	47.8	(0.3)	↓
VG Europa	76.9	(0.2)	77.3	(0.3)	74.0	(0.3)	63.8	(0.2)	61.1	(0.3)	48.8	(0.1)	
Bulgarien	75.5	(1.1)	72.4	(1.1)	68.3	(1.3)	–	–	53.7	(1.2)	47.4	(0.3)	↓
Dänemark[2]	90.6	(0.7)	91.2	(0.6)	78.5	(1.1)	–	–	68.8	(1.2)	51.6	(0.2)	↑
Estland	67.4	(1.5)	67.8	(1.4)	69.2	(1.3)	–	–	48.8	(1.5)	45.8	(0.4)	↓
Frankreich	83.3	(0.9)	89.7	(0.7)	88.2	(0.7)	69.5	(1.0)	71.1	(0.9)	53.3	(0.2)	↑
Italien	84.5	(0.8)	83.8	(0.8)	85.9	(0.7)	73.8	(1.1)	70.8	(1.0)	51.5	(0.2)	↑
Kroatien[4]	81.5	(0.9)	76.5	(0.9)	64.8	(1.2)	70.7	(1.1)	63.2	(1.0)	48.1	(0.3)	↓
Lettland[4]	59.2	(1.4)	57.1	(1.4)	67.4	(1.2)	–	–	48.6	(1.1)	44.5	(0.3)	↓
Litauen	79.6	(1.1)	80.5	(1.0)	80.7	(1.1)	–	–	59.4	(1.3)	49.3	(0.3)	↑
Malta	66.6	(1.4)	71.4	(1.3)	70.5	(1.7)	–	–	57.2	(1.0)	46.7	(0.4)	↓
Niederlande[3]	74.6	(1.1)	74.1	(1.2)	61.3	(1.2)	57.8	(1.2)	57.4	(1.3)	46.9	(0.3)	↓
Norwegen[4,5]	85.3	(0.6)	88.1	(0.5)	83.9	(0.6)	68.0	(0.8)	–	–	52.3	(0.2)	↑
Polen	83.7	(0.7)	85.5	(0.6)	71.7	(0.9)	–	–	64.4	(1.1)	49.9	(0.2)	↑
Rumänien	88.2	(0.9)	83.6	(1.8)	88.1	(1.5)	78.8	(1.8)	74.9	(2.2)	52.2	(0.4)	↑
Schweden[4]	82.3	(1.0)	89.7	(0.9)	83.6	(1.0)	67.5	(1.3)	69.8	(1.3)	51.3	(0.3)	↑
Serbien	62.1	(1.3)	61.6	(1.3)	46.3	(1.2)	33.8	(1.1)	–	–	43.3	(0.3)	↓
Slowakei	72.1	(1.0)	73.1	(1.3)	77.2	(0.9)	51.7	(1.2)	56.5	(1.3)	47.8	(0.3)	↓
Slowenien	74.4	(0.9)	75.3	(1.0)	72.6	(1.0)	–	–	49.9	(1.0)	48.1	(0.2)	↓
Spanien	80.3	(0.9)	80.8	(0.9)	81.1	(1.0)	66.8	(1.0)	68.7	(1.0)	50.5	(0.2)	↑
Zypern	69.6	(1.1)	66.3	(1.2)	66.4	(1.1)	–	–	54.8	(0.9)	46.0	(0.3)	↓
Außereuropäische Vergleichsländer													
Brasilien[2]	82.4	(0.6)	81.0	(0.6)	82.6	(0.7)	70.3	(1.0)	–	–	50.9	(0.2)	
Kolumbien	81.1	(0.9)	82.1	(0.9)	81.4	(0.9)	71.5	(1.0)	–	–	49.8	(0.2)	
Taiwan	87.3	(0.6)	85.6	(0.7)	88.9	(0.6)	–	–	–	–	51.4	(0.2)	

↑ Wert signifikant höher als VG Europa ($p < 0.05$)
● Keine siginifikante Abweichung von VG Europa
↓ Wert signifikant niedriger als VG Europa ($p < 0.05$)

VG Europa. Vergleichsgruppe Europa. Mittelwert der europäischen Ländergruppe.
1 Benchmark-Teilnehmer. Nicht Teil der VG Europa.
2 Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene liegen unterhalb der internationalen Vorgaben, wodurch Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.
3 Vorgaben für Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene unter Einbezug von Ersatzschulen werden beinahe erreicht.
4 Ausschlüsse der nationalen Zielpopulation liegen zwischen 5–10 %.
5 Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study © ICCS 2022

10.3 Institutionenbezogene Partizipationsbereitschaft

Institutionenbezogene Partizipationsbereitschaft zielt auf Partizipationshandlungen, die im Rahmen eines verbindlich organisierten Rahmens stattfinden, etwa die Mitwirkung in Parteien oder die Übernahme von politischen Ämtern. Dass das Engagement in Parteien und politischen Organisationen allenfalls für einen kleinen Teil von Bürger*innen in Frage kommt, gilt als etablierte empirische Tatsache der Partizipationsforschung (z. B. Barnes et al., 1979; Uehlinger, 1988). Wenig verwunderlich erscheint daher die vergleichsweise geringe Bereitschaft von

Jugendlichen entsprechend politisch zu partizipieren, für viele Jugendliche war in ICCS 2016 am ehesten die Unterstützung einer Wahlkampagne vorstellbar (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017).

Operationalisierung institutionenbezogener Partizipationsbereitschaft

Unter der Fragestellung „Unten sind verschiedene Wege aufgelistet, auf denen Erwachsene eine aktive Rolle in der Gesellschaft übernehmen können. Wenn du erwachsen bist: was denkst du, wirst du tun?“ wurden insgesamt elf politische Partizipationshandlungen zu Bewertung vorgelegt („Ich werde das sicher tun“, „Ich werde das wahrscheinlich tun“, „Ich werde das wahrscheinlich nicht tun“, „Ich werde das sicher nicht tun“). Aspekte institutionenbezogener Partizipationsbereitschaft werden mit insgesamt fünf Items erfasst (IS4G32D-H).

D. Die Wahlkampagne einer Partei oder Kandidat*in unterstützen
E. Einer politischen Partei beitreten#
F. Einer Gewerkschaft beitreten#
G. Als Kandidat*in in Kommunalwahlen antreten#
H. Einer Organisation beitreten, die sich für eine politische oder soziale Sache einsetzt#

Die genutzten Fragen sind identisch zu denen der letzten beiden Studienzyklen. Die Schülerantworten zu vier mit # gekennzeichneten Items wurden zu einer international vergleichbaren Skala (S_POLPART) zusammengefasst, die erneut durchschnittlich eine hohe Reliabilität (Cronbachs $\alpha = 0.86$) erzielt und mit Werten dieser Skala seit ICCS 2009 verglichen werden kann. Tabelle 10.2. zeigt die Anteile der Schüler*innen, die auf die jeweiligen Fragen mit „Ich werde das sicher“ bzw. „Ich werde das wahrscheinlich tun“ geantwortet haben sowie den Skalenwert der institutionenbezogenen Partizipationsbereitschaft.

Institutionenbezogene Partizipationsbereitschaft unterdurchschnittlich in NRW

In NRW wollen 14-Jährige seltener einer Partei oder Gewerkschaft beitreten als Jugendliche in den europäischen Vergleichsländern; auch die Kandidatur für ein eigenes Amt erscheint für sie seltener vorstellbar. Hinsichtlich der Bereitschaft, einer anderen Organisation beizutreten, die sich für eine politische oder soziale Sache einsetzt, liegen sie jedoch im europäischen Durchschnitt und die Unterstützung einer Wahlkampagne erscheint als niedrigschwellige Maßnahme für die Hälfte der Jugendlichen vorstellbar, signifikant häufiger als im europäischen Durchschnitt. Jugendliche in SH zeigen sich insgesamt näher am europäischen Durchschnitt, was insbesondere durch die im Vergleich zu NRW leicht häufigere Bereitschaft zum Beitritt einer Partei bzw. einer sozialen oder politischen Organisation erklärt werden kann.

Jugendliche in SH häufiger zur Mitwirkung in Organisationen bereit als in NRW

Innerhalb der europäischen Vergleichsgruppe lassen sich nur teilweise regionale Muster identifizieren. Während Schüler*innen in Frankreich, Italien, Spanien und Rumänien überdurchschnittliche Werte berichten, zeigt sich der nordische Raum uneinheitlich: in Dänemark und Schweden als überdurchschnittlich, auch aufgrund der vergleichsweise überdurchschnittlichen Zustimmung zu Gewerkschaften, in Norwegen eher als unterdurchschnittlich. Länderspezifische Besonderheiten werden erneut deutlich: Über zwei Drittel der Schüler*innen in Frankreich können sich vorstellen, eine Wahlkampagne zu unterstützen, was vor dem Hintergrund eines polarisierten und auf Einzelpersonen ausgerichtete Präsidialsystem plausibel wird. Die im europäischen Vergleich geringste Bereitschaft zum Parteibeitritt in Polen lässt fraglich erscheinen, ob sich die Jugendlichen durch die etablierten politischen Parteien ausreichend repräsentiert sehen (siehe hierzu auch das im europäischen Vergleich geringste Vertrauen in politische Parteien bei Schüler*innen in Polen, Kap. 7).

Hohe Bereitschaft zu institutionenbezogener Partizipation in Frankreich, geringe Bereitschaft in Polen

Tabelle 10.2: Institutionenbezogene Partizipationsbereitschaft

	Anteil Schüler*innen für die Antwortkategorien: „Ich werde das sicher tun“ und „Ich werde das wahrscheinlich tun“										Skalenwert		
	Wahlkampagne unterstützen		Partei beitreten		Gewerkschaft beitreten		kandidieren Kommunalwahl		sozialer oder politischer Organisation beitreten		institutionenbezogene Partizipationsbereitschaft		
	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	*M*	(*SE*)	
Nordrhein-Westfalen[1]	50.6	(1.2)	19.3	(0.9)	19.2	(0.9)	13.8	(0.8)	27.9	(1.1)	48.5	(0.2)	↓
Schleswig-Holstein[1,2]	53.0	(1.5)	21.9	(1.3)	21.4	(1.6)	12.8	(1.3)	31.4	(1.7)	49.0	(0.3)	●
VG Europa	40.8	(0.3)	23.4	(0.3)	27.8	(0.3)	22.6	(0.3)	29.7	(0.2)	49.5	(0.1)	
Bulgarien	46.2	(1.2)	29.3	(1.2)	30.2	(1.3)	32.0	(1.3)	33.7	(1.1)	50.4	(0.3)	↑
Dänemark[2]	29.0	(0.8)	14.4	(0.7)	53.7	(1.0)	11.3	(0.7)	22.5	(0.9)	50.0	(0.2)	↑
Estland	30.6	(0.9)	14.8	(0.8)	20.5	(0.8)	16.8	(0.8)	20.9	(0.8)	48.0	(0.2)	↓
Frankreich	67.2	(1.0)	51.3	(1.0)	45.8	(1.0)	17.2	(0.9)	28.4	(0.8)	51.5	(0.2)	↑
Italien	47.2	(1.2)	27.1	(1.0)	26.1	(1.0)	21.0	(1.1)	39.9	(1.2)	51.0	(0.2)	↑
Kroatien[4]	36.6	(1.0)	16.6	(0.9)	14.1	(0.8)	12.9	(0.7)	25.0	(1.0)	46.9	(0.2)	↓
Lettland[4]	34.5	(1.2)	19.1	(1.0)	21.0	(1.0)	25.9	(1.1)	25.2	(1.0)	48.8	(0.2)	↓
Litauen	49.4	(1.0)	22.0	(1.0)	28.2	(0.9)	25.7	(1.0)	35.7	(0.9)	50.4	(0.2)	↑
Malta	41.4	(0.8)	28.7	(1.0)	25.1	(1.1)	27.3	(1.0)	31.9	(0.9)	49.8	(0.2)	●
Niederlande[3]	43.7	(1.1)	15.5	(0.9)	14.2	(0.7)	15.3	(0.8)	16.5	(1.0)	46.7	(0.2)	↓
Norwegen[4,5]	38.6	(0.7)	20.6	(0.8)	25.1	(0.9)	15.6	(0.8)	20.2	(0.8)	48.7	(0.2)	↓
Polen	29.3	(0.8)	9.5	(0.4)	32.6	(0.8)	19.0	(0.7)	36.2	(0.8)	49.4	(0.1)	●
Rumänien	50.7	(2.2)	27.8	(3.0)	28.6	(1.9)	40.0	(2.7)	49.8	(1.3)	52.2	(0.5)	↑
Schweden[4]	36.7	(1.3)	22.3	(0.9)	38.3	(1.6)	16.0	(0.8)	20.8	(1.0)	50.3	(0.2)	↑
Serbien	28.6	(1.1)	19.4	(0.9)	19.4	(1.0)	20.2	(1.2)	26.4	(1.1)	46.4	(0.3)	↓
Slowakei	31.6	(1.4)	17.9	(1.0)	18.4	(1.1)	26.0	(1.1)	27.1	(1.3)	48.1	(0.3)	↓
Slowenien	37.4	(0.9)	22.3	(0.9)	24.0	(0.9)	28.1	(0.9)	29.4	(0.8)	49.1	(0.2)	●
Spanien	46.4	(1.1)	35.5	(1.0)	30.1	(1.0)	22.4	(1.1)	32.6	(1.1)	50.6	(0.2)	↑
Zypern	50.6	(1.1)	30.4	(1.2)	33.0	(1.1)	37.0	(1.3)	41.8	(1.3)	51.3	(0.3)	↑
Außereuropäische Vergleichsländer													
Brasilien[2]	51.7	(0.9)	41.4	(0.9)	40.1	(1.0)	37.5	(1.3)	44.0	(1.1)	53.4	(0.2)	
Kolumbien	54.4	(1.3)	41.4	(1.2)	39.7	(1.2)	38.4	(1.3)	48.7	(1.2)	53.1	(0.3)	
Taiwan	41.9	(1.0)	23.7	(1.1)	34.0	(1.1)	22.0	(1.1)	30.9	(1.0)	49.7	(0.2)	

↑ Wert signifikant höher als VG Europa ($p < 0.05$)
● Keine siginifikante Abweichung von VG Europa
↓ Wert signifikant niedriger als VG Europa ($p < 0.05$)

VG Europa. Vergleichsgruppe Europa. Mittelwert der europäischen Ländergruppe.
[1] Benchmark-Teilnehmer. Nicht Teil der VG Europa.
[2] Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene liegen unterhalb der internationalen Vorgaben, wodurch Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.
[3] Vorgaben für Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene unter Einbezug von Ersatzschulen werden beinahe erreicht.
[4] Ausschlüsse der nationalen Zielpopulation liegen zwischen 5–10 %.
[5] Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study © ICCS 2022

10.4 Problembezogene Partizipationsbereitschaft

Problembezogene Partizipationsbereitschaft bezieht sich auf Handlungen, die außerhalb eines festen und regelmäßigen Rahmens stattfinden und sich in der Regel anlassbezogen mit einem konkreten politischen oder sozialen Sachverhalt beschäftigen. In pluralistischen Demokratien sind problem- und anlassbezogene Partizipationsformen neben der Teilnahme an Wahlen eine verbreitete Art der politischen Beteiligung und daher auch in den Varianten des Protests schon lange nicht mehr als unkonventionell zu bezeichnen (dazu auch van Deth, 2016). Im

Gegensatz zum Wählen und institutionenbezogener Beteiligung stehen 14-Jährigen diese Formen der Partizipation bereits offen.

In ICCS 2016 bildeten Jugendliche in NRW bei der problembezogenen Partizipationsbereitschaft das europäische Schlusslicht; lediglich in den Niederlanden gab es noch weniger Jugendliche, die sich eine Teilnahme an einer friedlichen Demonstration vorstellen konnten. Dies wurde in NRW nicht durch eine verstärkte Bereitschaft der online-basierten problembezogenen Partizipation ausgeglichen, vielmehr bestätigte sich eine Tendenz zur Apathie (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017). Die *Fridays-for-Future*-Bewegung, die sich ca. ab 2018 konstituiert hat (Haunss & Sommer, 2020), ist Ausdruck einer länderübergreifenden Mobilisierung gerade jüngerer Jugendlicher, die auch Erwachsene aktiviert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern diese Entwicklung die Bereitschaft zur problembezogenen Partizipation bei Jugendlichen geprägt hat und sich diese Bereitschaft von der von 14-Jährigen 2016 unterscheidet.

Neue Aufmerksamkeit für problembezogene Partizipationsbereitschaft?

Unter der Fragestellung „Es gibt viele verschiedene Arten, auf die Bürger*innen ihre Meinung über wichtige gesellschaftliche Probleme ausdrücken können. An welchen der folgenden Aktivitäten würdest du in der Zukunft teilnehmen, um deine Meinung deutlich zu machen?“ wurden insgesamt 15 politische Partizipationshandlungen zur Bewertung vorgelegt („Ich würde das sicher tun“, „Ich würde das wahrscheinlich tun“, „Ich würde das wahrscheinlich nicht tun“, „Ich würde das sicher nicht tun“). Aspekte problembezogener Partizipationsbereitschaft werden mit insgesamt sechs Items erfasst (IS4G31A-F):

Operationalisierung problembezogener Partizipationsbereitschaft

A. Mit anderen über deine Meinung zu politischen oder sozialen Problemen sprechen#
B. Eine*n Bundestagsabgeordnete*n kontaktieren#
C. An einer friedlichen Demonstration teilnehmen#
D. Unterschriften für eine Petition sammeln#
E. An einer Diskussion im Internet zu einem sozialen oder politischen Thema teilnehmen#
F. Eine Online-Kampagne zu einem politischen oder sozialen Thema organisieren#

Die genutzten Fragen sind weitgehend identisch zu denen der letzten Studienzyklen. Die Schülerantworten zu sechs mit # gekennzeichneten Items wurden zu einer international vergleichbaren Skala (S_LEGACT) zusammengefasst und am internationalen Mittelwert von ICCS 2016 standardisiert. Die Skala erzielt durchschnittlich eine hohe Reliabilität (Cronbachs $\alpha = 0.86$). Tabelle 10.3 zeigt die Anteile der Schüler*innen, die auf die jeweiligen Fragen mit „Ich würde das sicher“ bzw. „Ich würde das wahrscheinlich tun“ geantwortet haben, sowie den Skalenwert der problembezogenen Partizipationsbereitschaft.

Ähnlich wie bei der wahl- und institutionenbezogenen Partizipation zeigen Jugendliche in SH gegenüber denen in NRW eine etwas höhere Bereitschaft, sich problembezogen politisch zu beteiligen. Hinsichtlich der politischen Gespräche und der Teilnahme an friedlichen Demonstrationen geben Schüler*innen in SH mehrheitlich, in Bezug auf (Online-)Diskussionen fast mehrheitlich eine Bereitschaft an und liegen damit deutlich über dem europäischen Vergleichswert. Allein das Kontaktieren von Abgeordneten und das Organisieren einer Online-Kampagne kann sich nur etwa jede*r Fünfte wahrscheinlich oder sicher vorstellen, wie in NRW liegt dies mehr als 10 Prozentpunkte unterhalb des europäischen Durchschnitts. Wie bereits 2016 zeigen sich Jugendliche in NRW im europäischen Vergleich seltener bereit für problembezogene Partizipation. Gleichzeitig zeigt

Problembezogenen Partizipationsbereitschaft in SH im Vergleich zu NRW

Tabelle 10.3: Problembezogene Partizipationsbereitschaft

	Anteil Schüler*innen für die Antwortkategorien „Ich würde das sicher tun“ und „Ich würde das wahrscheinlich tun“												Skalenwert		
	über polit./ soziale Probleme sprechen		Abgeordnete kontaktieren		Teilnahme friedliche Demo		Unter-schriften sammeln		Teilnahme Online-Diskussion		Online-Kampagne organisieren		problem-bezogene Partizipations-bereitschaft		
	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	*M*	(*SE*)	
Nordrhein-Westfalen[1]	69.4	(1.1)	21.4	(0.8)	43.7	(1.6)	43.6	(1.2)	44.2	(1.0)	24.2	(1.2)	47.6	(0.3)	↓
Schleswig-Holstein[1,2]	72.8	(1.5)	22.2	(1.5)	50.3	(2.2)	44.1	(1.7)	47.4	(1.5)	20.9	(1.5)	48.3	(0.4)	●
VG Europa	63.0	(0.3)	33.5	(0.3)	45.8	(0.3)	45.0	(0.2)	41.9	(0.2)	33.1	(0.2)	48.2	(0.1)	
Bulgarien	59.9	(1.2)	44.6	(1.4)	53.8	(1.1)	56.2	(1.1)	46.5	(1.2)	43.7	(1.4)	50.2	(0.3)	↑
Dänemark[2]	76.8	(0.9)	23.3	(0.8)	40.9	(1.3)	25.3	(0.9)	42.0	(1.1)	21.0	(0.8)	47.5	(0.2)	↓
Estland	60.3	(1.6)	20.9	(0.9)	35.1	(1.1)	28.5	(1.2)	29.1	(1.2)	24.2	(0.9)	45.8	(0.3)	↓
Frankreich	64.4	(0.8)	29.4	(0.9)	37.3	(0.9)	46.7	(0.9)	39.2	(0.9)	29.2	(0.8)	47.2	(0.2)	↓
Italien	68.7	(1.2)	24.3	(1.7)	54.2	(1.2)	46.7	(1.0)	40.0	(1.2)	35.7	(1.5)	49.2	(0.3)	↑
Kroatien[4]	59.3	(1.0)	25.5	(0.9)	46.7	(0.9)	41.9	(1.0)	37.2	(1.1)	25.2	(0.9)	46.8	(0.2)	↓
Lettland[4]	53.8	(0.9)	27.5	(1.1)	47.7	(1.1)	36.6	(1.1)	34.8	(1.1)	31.0	(1.1)	45.6	(0.3)	↓
Litauen	60.8	(1.2)	36.9	(0.8)	56.0	(1.0)	56.3	(1.1)	51.3	(1.0)	48.4	(1.0)	50.1	(0.2)	↑
Malta	57.1	(1.5)	31.4	(1.4)	43.6	(1.1)	41.7	(1.1)	40.4	(1.0)	33.0	(1.2)	46.9	(0.3)	↓
Niederlande[3]	54.1	(1.3)	19.2	(0.8)	24.5	(1.0)	28.4	(1.1)	28.8	(1.0)	18.7	(1.0)	44.0	(0.3)	↓
Norwegen[4,5]	51.8	(1.0)	25.7	(0.7)	35.5	(0.9)	29.8	(0.8)	34.0	(0.8)	24.0	(0.8)	45.9	(0.2)	↓
Polen	78.6	(0.9)	42.0	(0.9)	58.1	(1.0)	58.9	(1.0)	52.8	(1.0)	37.7	(1.0)	51.4	(0.2)	↑
Rumänien	71.4	(1.5)	34.7	(2.3)	53.3	(1.1)	65.0	(1.5)	55.3	(0.9)	47.6	(1.2)	51.2	(0.2)	↑
Schweden[4]	73.8	(1.0)	22.4	(1.2)	34.5	(1.0)	26.4	(1.1)	45.2	(1.1)	24.1	(1.2)	47.6	(0.3)	↓
Serbien	57.2	(1.2)	41.2	(1.4)	45.2	(1.1)	50.5	(1.4)	38.2	(1.4)	35.5	(1.4)	48.0	(0.3)	●
Slowakei	65.5	(1.1)	51.9	(1.2)	47.5	(1.5)	57.2	(1.0)	42.2	(1.3)	33.6	(1.1)	50.0	(0.2)	↑
Slowenien	55.0	(0.9)	45.0	(0.9)	45.3	(1.2)	45.5	(1.0)	41.2	(0.9)	34.6	(0.9)	48.1	(0.2)	●
Spanien	64.7	(1.0)	40.4	(1.2)	49.7	(1.1)	59.8	(1.0)	45.0	(0.9)	37.7	(1.1)	50.1	(0.2)	↑
Zypern	64.1	(1.2)	50.2	(1.1)	61.2	(1.3)	54.1	(1.0)	52.0	(1.1)	43.8	(1.1)	50.8	(0.3)	↑
Außereuropäische Vergleichsländer															
Brasilien[2]	76.3	(0.8)	44.2	(1.0)	47.9	(0.9)	51.1	(1.0)	51.0	(1.0)	48.2	(0.9)	51.7	(0.2)	
Kolumbien	71.2	(0.8)	54.5	(1.1)	65.4	(1.0)	65.7	(1.1)	57.6	(1.1)	53.8	(1.1)	52.9	(0.3)	
Taiwan	72.0	(0.8)	31.5	(0.9)	44.0	(0.9)	42.4	(1.0)	46.9	(0.8)	39.8	(0.9)	48.4	(0.2)	

↑ Wert signifikant höher als VG Europa ($p < 0.05$)
● Keine siginifikante Abweichung von VG Europa
↓ Wert signifikant niedriger als VG Europa ($p < 0.05$)

VG Europa. Vergleichsgruppe Europa. Mittelwert der europäischen Ländergruppe.
[1] Benchmark-Teilnehmer. Nicht Teil der VG Europa.
[2] Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene liegen unterhalb der internationalen Vorgaben, wodurch Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.
[3] Vorgaben für Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene unter Einbezug von Ersatzschulen werden beinahe erreicht.
[4] Ausschlüsse der nationalen Zielpopulation liegen zwischen 5–10 %.
[5] Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study © ICCS 2022

Deutlicher Anstieg der problembezogenen Partizipationsbereitschaft in NRW

sich auf allen relevanten Items ein Zuwachs, auch unter Berücksichtigung eingeschränkter Vergleichbarkeit: Ca. 44 % der Schüler*innen in NRW würden an einer friedlichen Demonstration teilnehmen (2016: 31 %), ein ähnliches Bild zeigt sich bei Petitionen. Weitere Zuwächse finden sich im Bereich der öffentlichen Meinungsäußerung: Über ihre Meinung zu politischen oder sozialen Problemen wollen 69 % der Jugendlichen sprechen (2016: 61 %); 44 % können sich die Teilnahme an einer Online-Diskussion vorstellen (2016: 27 %). Beide Aspekte sind im europäischen Vergleich nun überdurchschnittlich.

Die geringste Bereitschaft zur problembezogenen Partizipation äußern in ICCS 2022 wie schon 2016 die Schüler*innen in den Niederlanden. Das ist be-

merkenswert, weil in NRW offensichtlich eine Politisierung von Jugendlichen stattgefunden hat, die für die Niederlande bei aller räumlichen und demografischen Ähnlichkeit so nicht verzeichnet werden kann. Ebenfalls besonders gering verbreitet ist die Bereitschaft zu problemorientierter Partizipation in Lettland, Estland und Norwegen, wo etwa die Hälfte der Jugendlichen angeben, in der Zukunft sicher oder wahrscheinlich über ihre Meinung zu politischen und sozialen Problemen sprechen zu wollen. Interessant ist im Vergleich die Bereitschaft in Polen: Hier erreichen Jugendliche den im europäischen Vergleich höchsten Skalenmittelwert, fast 80 % können sich vorstellen, mit anderen über ihre Meinung zu sprechen, 58 % der Jugendlichen möchten zukünftig an einer friedlichen Demonstration teilnehmen. Im außereuropäischen Vergleich zeigt sich die hohe Bedeutung problembezogener Partizipationshandlungen für Jugendliche in den beiden lateinamerikanischen Ländern, in Kolumbien etwa geben zwei Drittel der Schüler*innen an, an einer friedlichen Demonstration teilnehmen zu wollen. In Taiwan zeigt sich hingegen eine international durchschnittliche problembezogene Partizipationsbereitschaft.

Niederlande und Polen als gegensätzliche Vergleichsländer

10.5 Problembezogene Partizipationsbereitschaft – Schwerpunkt Umwelt

In Erweiterung zu den Fragen zur problembezogenen Partizipationsbereitschaft gibt es in ICCS 2022 einen stärkeren Fokus auf Aspekte der nachhaltigen Entwicklung (Schulz et al., 2023), die auch im Fokus von Kapitel 9 stehen. Konzeptionell rechnen wir die folgenden Aspekte dennoch der problembezogenen Partizipationsbereitschaft zu, da es auch hier um anlassbezogene Handlungen geht, die außerhalb einer festen Organisationsmitgliedschaft realisierbar sind, und der Kontext der Frage konkret den politischen Kontext postuliert, der wie oben beschrieben politische Partizipation auszeichnet. Unter der bei der problembezogenen Partizipation bereits vorgestellten Einleitung und mit dem identischen Antwortformat werden Aspekte problembezogener Partizipationsbereitschaft mit dem Schwerpunkt „Umwelt“ mit insgesamt vier Items erfasst (IS4G31G-J).

Operationalisierung problembezogener Partizipationsbereitschaft zu Umweltthemen

G. Sich weigern, umweltschädliche Produkte zu kaufen[#]
H. Jemanden dazu auffordern, der Umwelt nicht weiter zu schaden[#]
I. An einer Protestaktion für mehr Umweltschutz teilnehmen[#]
J. Andere ermutigen, mehr für den Umweltschutz zu tun (z. B. durch Wassersparen)[#]

Die Schülerantworten zu vier mit [#] gekennzeichneten Items wurden zu einer für ICCS 2022 neu entwickelten, international vergleichbaren Skala (S_ENVACT) zusammengefasst, die wiederum durchschnittlich eine hohe Reliabilität (Cronbachs $\alpha = 0.83$) erzielt. Tabelle 10.4 zeigt die Anteile der Schüler*innen, die auf die jeweiligen Fragen mit „Ich würde das sicher“ bzw. „Ich würde das wahrscheinlich tun“ geantwortet haben, sowie den Skalenwert der problembezogenen Partizipationsbereitschaft mit dem Fokus „Umwelt“.

Oberflächlich zeigen sich nur wenige Unterschiede der Ausprägungen zur allgemeineren Skala zur problembezogenen Partizipationsbereitschaft. Schüler*innen in NRW und SH sind im europäischen Durchschnitt seltener bereit, sich für die Umwelt zu engagieren. Immerhin ist es für fast 43 % der Jugendlichen in NRW vorstellbar, an einer themenbezogenen Protestaktion teilzunehmen; in SH sind es

Problembezogene Partizipationsbereitschaft zu Umweltthemen in NRW und SH zwar verbreitet, aber unterdurchschnittlich

Tabelle 10.4: Problembezogene Partizipationsbereitschaft – Schwerpunkt Umwelt

	Anteil Schüler*innen für die Antwortkategorien „Ich würde das sicher tun“ und „Ich würde das wahrscheinlich tun“								Skalenwert		
	umweltschädliche Produkte boykottieren		jemanden aufforden, Umwelt nicht zu schaden		Protestaktion für mehr Umweltschutz		andere ermutigen, mehr für Umwelt zu tun		Partizipationsbereitschaft Umwelt		
	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	*M*	(*SE*)	
Nordrhein-Westfalen[1]	55.1	(1.2)	60.2	(1.2)	42.9	(1.3)	66.7	(1.2)	47.0	(0.3)	↓
Schleswig-Holstein[1,2]	56.4	(1.6)	60.2	(1.5)	48.2	(1.7)	69.5	(1.7)	47.6	(0.3)	↓
VG Europa	64.2	(0.3)	70.4	(0.3)	54.3	(0.3)	70.5	(0.3)	49.5	(0.1)	
Bulgarien	67.1	(1.1)	70.4	(1.0)	60.1	(1.1)	68.7	(1.3)	49.7	(0.2)	●
Dänemark[2]	64.5	(0.9)	56.3	(1.1)	35.8	(1.2)	60.4	(0.8)	46.6	(0.2)	↓
Estland	56.4	(1.3)	57.6	(1.4)	43.3	(1.3)	64.4	(1.4)	46.9	(0.3)	↓
Frankreich	66.9	(0.9)	75.4	(1.0)	51.0	(1.0)	76.6	(1.0)	50.5	(0.2)	↑
Italien	75.6	(1.0)	84.6	(0.9)	67.4	(1.1)	82.2	(0.9)	52.9	(0.2)	↑
Kroatien[4]	64.5	(1.2)	76.8	(1.1)	62.5	(1.0)	77.5	(1.0)	50.9	(0.2)	↑
Lettland[4]	55.9	(1.2)	59.3	(1.2)	48.5	(1.2)	57.6	(1.3)	46.4	(0.3)	↓
Litauen	67.8	(1.1)	72.7	(0.8)	63.5	(1.0)	74.6	(0.9)	50.6	(0.2)	↑
Malta	66.5	(0.8)	77.0	(1.4)	55.1	(0.9)	74.3	(1.6)	50.5	(0.3)	↑
Niederlande[3]	47.8	(1.4)	45.9	(1.5)	29.9	(1.3)	52.9	(1.6)	44.3	(0.3)	↓
Norwegen[4,5]	54.6	(0.9)	57.0	(0.9)	36.4	(1.0)	58.0	(0.9)	46.0	(0.2)	↓
Polen	73.3	(0.9)	84.0	(0.7)	60.7	(0.9)	77.6	(0.9)	51.4	(0.2)	↑
Rumänien	72.6	(1.5)	86.3	(1.4)	77.2	(1.2)	86.0	(1.0)	54.3	(0.3)	↑
Schweden[4]	63.4	(1.0)	60.7	(1.1)	35.4	(1.1)	64.7	(1.1)	47.1	(0.2)	↓
Serbien	61.5	(1.3)	73.8	(1.2)	61.4	(1.3)	69.0	(1.1)	50.1	(0.3)	↑
Slowakei	65.9	(1.1)	78.7	(1.0)	62.3	(1.3)	74.6	(1.1)	50.9	(0.3)	↑
Slowenien	62.8	(1.0)	68.3	(1.0)	55.0	(1.0)	67.9	(1.1)	48.7	(0.2)	↓
Spanien	68.0	(1.0)	79.8	(0.9)	64.1	(1.1)	80.4	(0.8)	51.7	(0.2)	↑
Zypern	64.2	(0.9)	73.7	(1.0)	62.7	(1.0)	71.4	(1.1)	50.6	(0.3)	↑
Außereuropäische Vergleichsländer											
Brasilien[2]	67.0	(0.9)	74.0	(0.8)	70.9	(1.0)	80.0	(0.8)	52.5	(0.2)	
Kolumbien	71.0	(1.2)	82.1	(0.9)	76.5	(0.9)	82.5	(1.0)	53.5	(0.3)	
Taiwan	84.3	(0.7)	84.3	(0.7)	60.2	(0.8)	85.2	(0.8)	52.7	(0.2)	

↑ Wert signifikant höher als VG Europa ($p < 0.05$)
● Keine siginifikante Abweichung von VG Europa
↓ Wert signifikant niedriger als VG Europa ($p < 0.05$)

VG Europa. Vergleichsgruppe Europa. Mittelwert der europäischen Ländergruppe.
1 Benchmark-Teilnehmer. Nicht Teil der VG Europa.
2 Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene liegen unterhalb der internationalen Vorgaben, wodurch Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.
3 Vorgaben für Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene unter Einbezug von Ersatzschulen werden beinahe erreicht.
4 Ausschlüsse der nationalen Zielpopulation liegen zwischen 5–10 %.
5 Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study © ICCS 2022

mit über 48 % sogar noch etwas mehr. Die Mehrheit der Jugendlichen in NRW und SH ist zudem bereit, den Kauf umweltschädlicher Produkte zu verweigern, wenn auch etwas seltener als im europäischen Vergleich. An die Mitverantwortung von anderen zu appellieren und diese etwa zu Umweltschutz zu ermutigen, ist ebenfalls für einen größeren Teil der Schüler*innen sowohl in NRW als auch SH vorstellbar.

In der europäischen Vergleichsgruppe wiederholen sich auch für diese Aspekte ähnliche Muster wie bei anderen Skalen: Italien, Spanien und Frankreich sowie die außereuropäischen Vergleichsländer zeigen sich überdurchschnittlich; aber auch die Schüler*innen in Polen zeigen hinsichtlich der hier berichteten Aspekte

eine überdurchschnittliche Partizipationsbereitschaft. In den nordischen Ländern Dänemark und Schweden zeigt sich ein beachtenswertes Muster: Die Jugendlichen sind dort im europäischen Vergleich seltener zu entsprechenden Partizipationshandlungen bereit, aber sie beabsichtigen häufiger den privaten Konsum anzupassen als Jugendliche in NRW und SH. Die geringsten Werte der europäischen Vergleichsgruppe zeigen erneut Jugendliche in den Niederlanden.

Betonung des privaten Konsums insbesondere in nordischen Ländern

10.6 Zivil ungehorsame Partizipationsbereitschaft

Politische Partizipation ist nicht zwangsläufig an den legalen Rahmen einer Gesellschaft gebunden. Ziviler Ungehorsam umfasst jede „öffentlich[e], gewaltlos[e], gewissensbestimmt[e], aber politisch[e] gesetzwidrig[e] Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll" (Rawls, 1971/1998, S. 401). In der Regel lassen sich zivil ungehorsame Handlungen als Appell an die Vorstellungen von Gerechtigkeit der Mehrheit verstehen. Menschen, die entsprechend handeln, erklären, dass diese Prinzipien ihnen gegenüber nicht beachtet worden seien. Weiter sind solche Handlungen neben der Gewaltlosigkeit von grundsätzlicher Gesetzestreue geprägt: Diese drückt sich darin aus, die gesetzlichen Folgen des eigenen Handelns auf sich zu nehmen (ausführlich bei Rawls, 1971/1998, S. 399–430). Genau wie die zuvor genannten Aspekte zu problembezogener Partizipationsbereitschaft können diese außerhalb eines fest organisierten Rahmens erfolgen. Wenngleich 2016 Schüler*innen zivilem Ungehorsam noch in breiter Mehrheit skeptisch gegenüberstanden (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017; Hahn-Laudenberg, 2018), nutzen junge Menschen im Rahmen ihrer Proteste für eine nachhaltige Klimapolitik auch nicht legale Aktionsformen, um ihrem Standpunkt Sichtbarkeit zu verschaffen (Gröschner & Schildknecht, 2023; Kumkar, 2022). Weiter ist bei der Interpretation der Daten zu beachten, inwieweit die starke (mediale) Präsenz und die intensive politische Auseinandersetzung mit zivil ungehorsamen Protestformen u. a. der Letzten Generation mit dem Erhebungszeitraum von ICCS 2022 zusammenfiel. So erinnert Kumkar (2022) an einen Hungerstreik im Vorfeld der letzten Bundestagswahl 2021 und beschreibt diesen als „öffentlichkeitswirksamen Ausgangspunkt" (S. 4) dieser Subgruppierung der neuen Klimabewegung.

Ziviler Ungehorsam im Kontext Jugend

Unter dem bereits vorgestellten Frageformat „Es gibt viele verschiedene Arten, auf die Bürger*innen ihre Meinung über wichtige gesellschaftliche Probleme ausdrücken können. An welchen der folgenden Aktivitäten würdest du in der Zukunft teilnehmen, um deine Meinung deutlich zu machen?" werden Aspekte zivil ungehorsamer Partizipationsbereitschaft mit insgesamt vier Items erfasst (IS4G31K-N).

Operationalisierung zivil ungehorsamer Partizipationsbereitschaft

K. Protestsprüche an Wände sprühen#
L. Durch eine Verkehrsblockade protestieren#
M. Aus Protest öffentliche Gebäude besetzen#
N. An einem Schulstreik teilnehmen

Die genutzten Fragen sind identisch zu denen der letzten Studienzyklen und wurden um ein Item zu Schulstreiks ergänzt. Die Schülerantworten zu drei mit # gekennzeichneten Items wurden zu einer international und mit dem Zyklus von 2016 vergleichbaren Skala (S_ILLACT) zusammengefasst, die wiederum eine hohe Reliabilität (Cronbachs $\alpha = 0.87$) erzielt. Tabelle 10.5 zeigt die Anteile der

Tabelle 10.5: Zivil ungehorsame Partizipationsbereitschaft

	Anteil Schüler*innen für die Antwortkategorien „Ich würde das sicher tun“ und „Ich würde das wahrscheinlich tun“								Skalenwert		
	Protest-sprüche sprühen		Verkehrs-blockade		Besetzung öffentlicher Gebäude		Schulstreik		zivil ungehorsame Partizipations-bereitschaft		
	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	%	(*SE*)	*M*	(*SE*)	
Nordrhein-Westfalen[1]	17.0	(0.9)	14.3	(0.8)	14.2	(0.9)	36.5	(1.2)	47.8	(0.2)	↓
Schleswig-Holstein[1,2]	16.5	(1.3)	12.3	(1.0)	11.6	(1.2)	43.5	(2.0)	47.2	(0.4)	↓
VG Europa	23.5	(0.3)	20.5	(0.3)	19.9	(0.2)	46.2	(0.3)	50.2	(0.1)	
Bulgarien	36.1	(1.2)	35.5	(1.3)	34.5	(1.5)	45.1	(1.1)	54.4	(0.3)	↑
Dänemark[2]	12.9	(0.6)	11.3	(0.7)	10.9	(0.6)	35.4	(1.1)	47.1	(0.2)	↓
Estland	15.5	(0.9)	11.5	(0.7)	11.2	(0.7)	27.6	(1.1)	48.5	(0.3)	↓
Frankreich	19.4	(0.9)	19.0	(0.7)	19.3	(0.8)	60.9	(1.0)	49.2	(0.2)	↓
Italien	21.9	(1.2)	17.1	(1.3)	20.0	(1.7)	74.3	(0.9)	50.0	(0.3)	●
Kroatien[4]	17.0	(0.8)	14.2	(0.8)	13.3	(0.8)	46.2	(1.0)	48.2	(0.2)	↓
Lettland[4]	18.6	(1.0)	17.2	(1.1)	16.3	(1.0)	31.3	(1.1)	48.3	(0.2)	↓
Litauen	29.4	(0.9)	26.9	(1.0)	24.5	(1.0)	50.6	(1.2)	51.9	(0.3)	↑
Malta	23.6	(1.1)	19.4	(1.5)	20.5	(1.3)	42.3	(1.1)	49.3	(0.3)	↓
Niederlande[3]	15.8	(0.8)	12.5	(0.8)	11.9	(0.8)	27.9	(1.2)	48.2	(0.2)	↓
Norwegen[4,5]	21.1	(0.6)	13.9	(0.7)	14.4	(0.6)	-	-	49.2	(0.2)	↓
Polen	22.6	(0.8)	18.6	(0.7)	13.0	(0.6)	58.8	(0.9)	50.6	(0.2)	↑
Rumänien	29.5	(2.7)	22.1	(2.1)	21.6	(1.9)	50.2	(2.4)	51.0	(0.8)	●
Schweden[4]	14.3	(1.1)	11.7	(1.0)	12.1	(1.0)	22.5	(1.1)	47.5	(0.3)	↓
Serbien	30.5	(1.2)	30.5	(1.1)	30.5	(1.1)	48.1	(1.2)	52.6	(0.3)	↑
Slowakei	25.2	(1.2)	22.6	(1.1)	22.9	(1.1)	41.5	(1.0)	50.7	(0.3)	↑
Slowenien	30.1	(0.9)	27.2	(1.0)	26.8	(1.0)	48.0	(1.0)	52.3	(0.2)	↑
Spanien	24.3	(1.0)	21.5	(1.0)	18.5	(1.0)	63.0	(1.0)	50.2	(0.3)	●
Zypern	38.3	(1.2)	36.5	(1.3)	35.1	(1.2)	57.1	(1.0)	54.2	(0.3)	↑
Außereuropäische Vergleichsländer											
Brasilien[2]	30.5	(1.1)	28.3	(1.1)	27.7	(1.1)	44.2	(1.1)	52.3	(0.3)	
Kolumbien	43.3	(1.2)	41.0	(1.3)	38.5	(1.3)	65.9	(1.1)	55.1	(0.3)	
Taiwan	15.5	(0.8)	15.6	(0.8)	16.4	(0.8)	35.4	(1.1)	47.1	(0.2)	

↑ Wert signifikant höher als VG Europa ($p < 0.05$)
● Keine siginifikante Abweichung von VG Europa
↓ Wert signifikant niedriger als VG Europa ($p < 0.05$)

VG Europa. Vergleichsgruppe Europa. Mittelwert der europäischen Ländergruppe.
[1] Benchmark-Teilnehmer. Nicht Teil der VG Europa.
[2] Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene liegen unterhalb der internationalen Vorgaben, wodurch Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.
[3] Vorgaben für Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene unter Einbezug von Ersatzschulen werden beinahe erreicht.
[4] Ausschlüsse der nationalen Zielpopulation liegen zwischen 5–10 %.
[5] Abweichende Zielpopulation: 9. Klasse.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study

© ICCS 2022

Schüler*innen, die auf die jeweiligen Fragen mit „Ich würde das sicher“ bzw. „Ich würde das wahrscheinlich tun“ geantwortet haben, sowie den Skalenwert der zivil ungehorsamen Partizipationsbereitschaft.

Jugendliche in NRW und SH seltener zu zivilem Ungehorsam bereit

Jugendliche in NRW und SH sind signifikant seltener zu zivilem Ungehorsam bereit als der europäische Durchschnitt. Gleichzeitig zeigt sich im Vergleich zu 2016, dass der Anteil der Jugendlichen in NRW, die Protestsprüche sprühen, ein öffentliches Gebäude besetzen oder den Verkehr blockieren würden, um jeweils fünf bis sechs Prozentpunkte gestiegen ist. Insgesamt ist die Teilnahme an entsprechenden politischen Aktionen nun durch ca. jeden sechsten 14-Jährigen

denkbar. Die Teilnahme an einem Schulstreik können sich sogar 37 % (NRW) bzw. 44 % (SH) vorstellen, die Aktionsform scheint sich somit im jugendlichen Partizipationsrepertoire etabliert zu haben.

Schulstreiks häufiger als Aktionsform vorstellbar als andere zivil ungehorsame Handlungen

Verwunderlich erscheint mit Blick auf die europäischen Vergleichsländer, dass ausgerechnet in Schweden, in denen die Schulstreiks durch Greta Thunberg initiiert wurden, der in Europa geringste Anteil der Schüler*innen an einem solchen teilnehmen würde. Insbesondere Schüler*innen in Frankreich, Italien, Spanien, Polen sowie Zypern und Litauen können sich hingegen mehrheitlich eine Teilnahme an einem Schulstreik vorstellen. Insgesamt lassen sich tendenziell regionale Muster beschreiben: In den drei nordischen Länder sind die Schüler*innen ebenfalls durchschnittlich seltener zu zivil ungehorsamer Partizipation bereit. Insbesondere im südost-europäischen Raum findet sich hingegen eine stärkere Bereitschaft, mit Ausnahme von Kroatien.

Interessant ist auch der Blick auf die außereuropäischen Vergleichsländer. Während mit Blick auf legale problemorientierte Partizipationsformen alle drei Länder überdurchschnittlich Bereitschaft zeigten, zeigt sich dies für zivil ungehorsame Partizipationsbereitschaft erneut für Brasilien und Kolumbien, aber nicht für Taiwan, das hier gemeinsam mit Dänemark den geringsten Skalenwert aufweist.

10.7 Partizipationsbereitschaft in der Migrationsgesellschaft

In von Migration geprägten Gesellschaften wie Deutschland ist die Frage relevant, unter welchen Bedingungen neue Mitbürger*innen formal Zugang zu verschiedenen staatsbürgerlichen Rechten erhalten. So sind viele Menschen mit internationaler Geschichte, also Menschen, die selbst oder deren Eltern im Ausland geboren wurden, mit rechtlichen Einschränkungen konfrontiert, da sie zum Beispiel nicht das Recht haben, an Wahlen teilzunehmen. Diese rechtlichen Einschränkungen können ihre Bereitschaft in Bezug auf Wahlen oder andere politische Partizipationsformen beeinträchtigen.

Ebenso bedeutend ist die Frage, inwieweit es jenseits rechtlicher Einschränkungen gelingt, Menschen mit internationaler Geschichte in politische Entscheidungen einzubinden. Der Blick auf Partizipationsbereitschaft erscheint hier von besonderer Relevanz, da sich in ihr, wie eingangs diskutiert, sowohl Einstellungen und soziale Normüberzeugungen als auch Überzeugungen zur Fähigkeit und Wirkung des eigenen Handelns spiegeln. So könnte ein geringeres Vertrauen in staatliche Institutionen im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund (Ziemes et al., 2020) die Bereitschaft beeinträchtigen, auf diese Institutionen bezogene Partizipationsformen auszuüben. Erfahrung von Diskriminierung von staatlicher Seite oder weiteren gesellschaftlichen Akteuren können – vermittelt über Einstellungen wie Vertrauen aber auch unmittelbar – die Bereitschaft, sich institutionen- oder problembezogen einzubringen, beeinflussen (zur Erfahrung von Diskriminierung siehe Kap. 16). Ferner kann eine Identifikation mit dem Land, in dem Menschen leben, bzw. die affektive Bedeutung, die Bürger*innen ihrer Mitgliedschaft zu einer politischen Gemeinschaft zukommen lassen, als eine wichtige Motivation für das praktische Ausüben einer Bürgerrolle betrachtet werden (Conover, 1995; Hahn-Laudenberg et al., 2017). In ICCS 2016 fühlten sich über 90 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund in NRW etwas oder stark den Menschen aus Deutschland zugehörig, hinsichtlich ihrer nationalen Identität glichen sie dem Muster von Schüler*innen ohne Migrationshintergrund auf etwas

Begründungslinien für ungleiche Partizipationsbereitschaft in der Migrationsgesellschaft

Tabelle 10.6: Politische Partizipationsbereitschaft unter Berücksichtigung der internationalen Geschichte von Schüler*innen

	Anteil Schüler*innen[1]	Skalenwerte: Partizipationsbereitschaft														
		wahlbezogene P.			institutionenbezogene P.			problembezogene P.			problembezogene P. – Umwelt			zivil ungehorsame P.		
	%	*M*	*(SE)*		*M*	*(SE)*		*M*	*(SE)*		*M*	*(SE)*		*M*	*(SE)*	
Nordrhein-Westfalen		46.9	(0.3)		48.5	(0.2)		47.6	(0.3)		47.0	(0.3)		47.8	(0.2)	
NRW – min. ein Elternteil in DE geboren	67 %	48.7	(0.3)	↑	48.6	(0.3)	●	47.7	(0.3)	●	47.3	(0.3)	●	46.7	(0.3)	↓
NRW – Schüler*in in DE geboren, Eltern zugewandert	22 %	43.3	(0.4)	↓	47.3	(0.4)	↓	46.5	(0.4)	↓	45.7	(0.4)	↓	48.9	(0.4)	↑
NRW – Schüler*in und Eltern zugewandert	11 %	43.3	(0.8)	↓	50.1	(0.7)	↑	48.7	(0.8)	●	47.7	(0.8)	●	52.4	(0.7)	↑
NRW – 25 oder weniger Bücher	35 %	43.0	(0.4)	↓	48.1	(0.3)	●	46.5	(0.4)	↓	45.6	(0.4)	↓	49.8	(0.4)	↑
NRW – mehr als 25 Bücher	65 %	49.0	(0.3)	↑	48.7	(0.3)	●	48.2	(0.3)	●	47.7	(0.3)	●	46.8	(0.3)	↓
Schleswig-Holstein[2]		47.8	(0.3)		49.0	(0.3)		48.3	(0.4)		47.6	(0.3)		47.2	(0.4)	
SH – min. ein Elternteil in DE geboren	84 %	48.6	(0.4)	↑	49.1	(0.3)	●	48.5	(0.4)	●	47.9	(0.4)	●	46.9	(0.4)	●
SH – Schüler*in in DE geboren, Eltern zugewandert	9 %	44.3	(1.1)	↓	45.7	(0.9)	↓	45.8	(1.1)	↓	44.8	(0.9)	↓	45.9	(0.8)	●
SH – Schüler*in und Eltern zugewandert	7 %	44.2	(1.2)	↓	51.3	(1.3)	↑	49.9	(1.4)	●	47.9	(1.0)	●	52.5	(1.1)	↑
SH – 25 oder weniger Bücher	27 %	43.8	(0.6)	↓	48.5	(0.7)	●	46.3	(0.7)	↓	45.8	(0.5)	↓	49.3	(0.6)	↑
SH – mehr als 25 Bücher	73 %	49.2	(0.4)	↑	49.2	(0.3)	●	49.0	(0.4)	●	48.3	(0.4)	●	46.4	(0.4)	●

↑ Wert signifikant höher als jeweiliger Landesmittelwert (NRW bzw. SH) ($p < 0.05$)
● Keine siginifikante Abweichung vom jeweiligen Landesmittelwert (NRW bzw. SH)
↓ Wert signifikant niedriger als jeweiliger Landesmittelwert (NRW bzw. SH) ($p < 0.05$)

[1] Gewichtete Anteile der Schüler*innen in der Teilgruppe.
[2] Teilnahmequoten auf Schul- und/oder Schülerebene liegen unterhalb der internationalen Vorgaben, wodurch Repräsentativität nicht in gleicher Weise abgesichert ist.

IEA: International Civic and Citizenship Education Study

© ICCS 2022

niedrigerem Niveau (Matafora et al., 2021). Sprachbarrieren und ein möglicher Mangel an Zugang zu Informationen über das politische System könnten zusätzliche Hindernisse darstellen.

Sozioökonomische Faktoren wie Einkommen und Bildung sind ebenfalls ein wichtiger Erklärungsfaktor für politische Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen (Deimel et al., 2020). Insbesondere die Verschränkung migrations- und klassenbezogener Erfahrungen (Mayer et al., 2021) macht eine differenzierte Darstellung zur Analyse politischer Sozialisationsprozesse erforderlich. In ICCS 2016 verglichen wir Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Partizipationsbereitschaft. Dabei zeigte sich, dass die Bereitschaft zu wahlbezogenen Handlungen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund geringer ausgeprägt war, während diese in geringerem Ausmaß häufiger Bereitschaft zu zivil ungehorsamer Partizipation berichteten (Deimel & Hahn-Laudenberg, 2017).

Erläuterung der Vergleichskategorien

Tabelle 10.6 zeigt die durchschnittlichen Skalenwerte für Partizipationsbereitschaft über die verschiedenen Partizipationsformen und für verschiedene Teilgruppen. Ähnlich wie bereits in ICCS 2016 bleibt nachfolgend unberücksichtigt, ob die Jugendlichen perspektivisch die Möglichkeit zur Ausübung des aktiven Wahlrechts bei Bundestagswahlen haben. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern haben die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil seit

acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat (§4 StAG). Ein Indikator zur Staatsbürgerschaft liegt zum Zeitpunkt der Berichtslegung leider nicht vor, daher wird das Geburtsland der Jugendlichen und ihrer Eltern für die vergleichende Darstellung berücksichtigt. Darüber hinaus wird als sozioökonomische Vergleichskategorie die Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen aus Familien mit maximal 25 Büchern gegenüber der von Jugendlichen aus Familien mit mehr als 25 Büchern ergänzend berichtet.

Ergebnisse zu Partizipationsbereitschaft in der Migrationsgesellschaft

Jugendliche, bei denen mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren wurde, wollen sowohl in NRW als auch in SH häufiger als der Landesdurchschnitt wahlbezogen partizipieren. Ein mittlerer Skalenwert von $M = 48.7$ bei der wahlbezogenen Partizipationsbereitschaft in NRW in dieser Gruppe lässt sich konkretisieren mit einem Anteil von 79 % der Jugendlichen, die „sicher" oder „wahrscheinlich" an Bundestagswahlen teilnehmen wollen. Unter den Schüler*innen, die in Deutschland geboren wurden und deren Eltern zugewandert sind, wollen mit 63 % ebenfalls die deutliche Mehrheit, aber gleichwohl signifikant weniger an Bundestagswahlen teilnehmen. Insgesamt liegt die Partizipationsbereitschaft in dieser Gruppe in beiden Bundesländern auch bei den anderen Formen politischen Partizipationsbereitschaft signifikant unter dem jeweiligen Landesmittel, mit Ausnahme der zivil ungehorsamen Partizipationsbereitschaft. Hier ergibt sich in SH keine signifikante Abweichung zum Landesmittel. In NRW erreichen Jugendlichen, deren Eltern im Ausland geboren wurden, einen leicht höheren Wert bei zivil ungehorsamer Partizipationsbereitschaft. Das Skalenmittel von $M = 48.9$ Punkten korrespondiert etwa mit einem Anteil von 17 % der Jugendlichen, die sich vorstellen können, an einer Verkehrsblockade teilzunehmen. Der mittlere Skalenwert von $M = 46.7$ Punkten von Jugendlichen, die mindestens ein Elternteil haben, das in Deutschland geboren wurde, entspricht auf diesem Item etwa 11 %.

Überdurchschnittliche institutionenbezogene Partizipationsbereitschaft bei in 1. Generation zugewanderter Schüler*innen

Ein differenziertes Muster zeigt sich weiter für die Schüler*innen, die selbst zugewandert sind und für ihre Eltern dieselbe Angabe machen. Während sie erwartungsgemäß signifikant unter dem Landesdurchschnitt für die wahlbezogene Partizipationsbereitschaft liegen, weisen sie neben einer signifikant höheren zivil ungehorsamen Partizipationsbereitschaft auch einen deutlich überdurchschnittlichen Wert bei der institutionenbezogenen Partizipationsbereitschaft auf. Dieses Muster zeigt sich sowohl in NRW als auch in SH.

Migrationsbezogene Effekte auch unter Kontrolle des sozioökonomischen Status relevant

Hinsichtlich der sozialen Differenzkategorie der geschätzten Bücher im Haushalt ergibt sich, dass Jugendliche in Haushalten mit vielen Büchern eher dem Muster der Jugendlichen mit mindestens einem im Inland geborenen Elternteil entsprechen. Zur Kontrolle durchgeführte Regressionsanalysen bestätigen für die Unterschiede in der wahlbezogenen Partizipationsbereitschaft, dass migrationsbezogene Effekte schwächer werden, aber auch unter Kontrolle des sozioökonomischen Status relevant bleiben. Analog zeigt sich dies auf niedrigerem Niveau in Bezug auf zivil ungehorsame Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen in NRW. Die Ergebnisse unterstreichen das Erfordernis, die Frage der Partizipationsbereitschaft Jugendlicher im Kontext von Migration und sozialer Ungleichheit differenziert zu betrachten.

10.8 Diskussion

Bürger*innen in Demokratien steht ein sich ausdifferenzierendes Repertoire an Partizipationsmöglichkeiten offen, mit dem sie versuchen können, Regierungshandeln direkt oder indirekt zu beeinflussen und ihre Anliegen in den öffentlichen Diskurs einzubringen. 14-Jährige haben nur einen Teil dieser Partizipationsmöglichkeiten. Ihre Bereitschaft, in Zukunft zu partizipieren, hängt davon ab, ob sie die damit verbundenen Ziele und Interessen bedeutsam genug empfinden und ob die Form der Beteiligung einen Effekt haben könnte (handlungsbezogene Einstellungen), ob die Form der Partizipation im sozialen Umfeld anerkannt ist (sozialen Normen) und ob die Jugendlichen sich für befähigt halten, eine entsprechende Handlung auszuüben (Kontrollüberzeugung).

Zusammenfassung der internationalen Ergebnisse

Insgesamt äußern Jugendliche in den meisten Ländern mit (deutlicher) Mehrheit Bereitschaft, im Kontext wahlbezogener und umweltbezogener Partizipationsformen aktiv zu werden, dies gilt zum Teil auch für problembezogene Partizipationsbereitschaft. Dauerhaftere und verbindliche Formen institutionenbezogener Partizipation sind dagegen (und abgesehen von den beiden lateinamerikanischen Ländern) nur für eine Minderheit der Schüler*innen in einem der teilnehmenden Länder eine prospektive Form der politischen Beteiligung. Nur wenig seltener wird die Beteiligung an illegalen Partizipationsformen als wahrscheinlich erachtet. Insgesamt zeigen relativ viele Jugendliche die Bereitschaft, auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen. Auch zu protestorientierten Aktionsformen für mehr Umweltschutz zeigen sich in den meisten Ländern eine Mehrheit der Jugendlichen sicher oder wahrscheinlich bereit, allerdings liegen die Werte in NRW und SH deutlich darunter. An stärker konfliktorientierten Formen, wie einem Schulstreik oder einer friedlichen Demonstration, will sich jeweils in nur 8 von 24 Ländern die Mehrheit beteiligen, insgesamt ist es im Mittel etwas weniger als die Hälfte der Jugendlichen.

Länderspezifische Muster

In der geäußerten Bereitschaft der Jugendlichen zeigen sich länderspezifische Muster, die nicht pauschal durch eine grobe regionale Zuordnung erklärt werden können. Eine Ausnahme bilden hier die südwest-europäischen Länder Frankreich, Italien und Spanien, in denen eine eher homogene überdurchschnittliche Partizipationsbereitschaft über alle Skalen hinweg beobachtbar ist (wiederum allerdings mit Ausnahme der problembezogenen Partizipationsbereitschaft in Frankreich). Interessante Vergleichsländer stehen zudem mit Polen und den Niederlanden zur Verfügung. Während in Polen eine starke Hinwendung zu nicht institutionalisierten Partizipationsformen bei gleichzeitigem Desinteresse an der Mitwirkung in politischen Parteien beobachtbar ist, deuten die Ergebnisse der Niederlande insgesamt auf eine starke Distanzierung sowohl von institutionalisierten als auch nicht institutionalisierten Beteiligungsformen (siehe auch Ergebnisse zum politischen Interesse in diesen beiden Ländern, Kap. 4). Diese Unterschiede begründen die stärkere Berücksichtigung makrosystemischer Eigenheiten verschiedener (Bildungs-)Systeme in der Interpretation insbesondere von Ergebnissen von Large-Scale-Assessments (Deimel, 2023).

Zusammenfassung der Ergebnisse für NRW und SH

Jugendliche in NRW und SH sind in Bezug auf wahlbezogene, umweltbezogene und illegale Partizipationsformen etwas seltener bereit, aktiv zu werden, als Jugendliche im Mittel der europäischen Vergleichsländer, für NRW gilt dies auch für die weiteren Partizipationsformen. Insbesondere das höhere Niveau bei problembezogenen Partizipationsakten erscheint aber im Vergleich zu ICCS 2016 auffallend. In diesem Zusammenhang muss jedoch die eingeschränkte Aussagekraft von Ergebnissen zu NRW in ICCS 2016 berücksichtigt werden, die sich durch

eine weniger starke Ausschöpfung der Stichprobe zum damaligen Zeitpunkt ergab (Ziemes et al., 2017). Zeitvergleiche sind somit nur eingeschränkt möglich, hinsichtlich des allgemeinen hier diskutierten Musters scheint die hier vorgenommene Interpretation aber durch die Daten belastbar.

Pädagogische Handlungspotenziale

Ein Erfordernis für politisch bildnerische Angebote ergibt sich aus Unterschieden bei der differenzierten Betrachtung von Jugendlichen mit nationalen und internationalen Herkunftsgeschichten. Insbesondere die überdurchschnittliche Bereitschaft zu institutionenbezogener Partizipation von Schüler*innen, die in erster Generation zugewandert sind, kann eine Chance zur Integration auch in das System der politischen Willensbildung sein. Gleichzeitig zeigt die leicht erhöhte Bereitschaft zu zivil ungehorsamer Partizipation, dass es weniger am Interesse zum politischen Ausdruck mangelt, sondern ggf. auch an Zugängen, dieses Interesse durch reguläre Beteiligungsformate in Handlungen umzusetzen. Es bleibt ein Erfordernis, diese relevante gesellschaftliche Teilgruppe bei der Gestaltung von schulischer und außerschulischer politischen Bildung mitzudenken und sich mit Jugendlichen über Partizipationsrechte und –möglichkeiten (und deren gruppenbezogenen Einschränkungen) auseinanderzusetzen. Auch zielgruppenspezifische Angebote bleiben hier erforderlich.

Gemeinsam mit den nur kurz angeschnittenen sozialen Schichtungseffekten bei der Partizipationsbereitschaft ist zudem kritisch zu diskutieren, inwieweit auch das nicht zuletzt sozial segregierende Schulsystem klassenspezifische Perspektiven auf die eigene Rolle als Bürger*in perpetuiert, nicht nur, aber auch durch curricular differente Schwerpunktsetzungen (Bacia & Abs, 2017). Weitere thematische Anknüpfungspunkte können im Rahmen unterrichtlicher Angebote insbesondere auch kommunale Mitbestimmungspotenziale sein, die auch abseits gewählter Gremien einer größeren Anzahl von Menschen offenstehen. Auch die Auseinandersetzung mit zivil ungehorsamen Partizipationsformen der Klimabewegung erweist sich als inhaltliches Potenzial; so argumentieren Gröschner und Schildknecht (2023), diese als Chance für pädagogische Arbeit zu begreifen. Auf dem Wege könnten einerseits etwa subjektive Normen reflektiert (und hinterfragt) werden, andererseits aber auch eine Sensibilität für den kontextuellen Rahmen gesellschaftlicher Teilhabe geschaffen werden.

Ausblick

Angesichts des starken öffentlichen Widerspruchs zur Ausdrucksform des Schulstreiks (Goldenbaum & Thompson, 2020) bleibt weiter die Auseinandersetzung mit der Interessenorientierung politischer Bildung erforderlich (Hedtke, 2020). Eine Anerkennung ihrer politischen Interessen würde Heranwachsende nicht nur im Sinne ihrer zukünftigen Rolle als Bürger*innen einer Demokratie, sondern auch als Bürger*innen im hier und jetzt wahrnehmen (van Deth, 2007). Hier ist insbesondere die Schule als Ort gefragt, an dem Jugendliche erste Erfahrungen in Bezug auf Partizipation machen und reflektieren können (vgl. Kap. 17). Aber auch jenseits der schulischen Mitbestimmung zeigt sich ein hoher Bedarf für die Frage, wie die Anliegen junger Menschen mit legitimen und wirksamen Mitteln Gehör finden können.

Literatur

Achen, C. H. & Blais, A. (2016). Intention to vote, reported vote and validated vote. In J. A. Elkink & D. M. Farrell (Hrsg.), *The Act of Voting: Identities, institutions and locale* (S. 195–209). Routledge. https://doi.org/10.4324/9781315725222-11

Almond, G. A. & Verba, S. (1963/1989). *The civic culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Sage. (Erstveröffentlichung 1963). https://doi.org/10.1515/9781400874569

Bacia, E. & Abs, H. J. (2017). Politische und zivilgesellschaftliche Bildung in Kernlehrplänen. In H. J. Abs & K. Hahn-Laudenberg (Hrsg.), *Das politische Mindset von 14-Jährigen: Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016* (S. 27–46). Waxmann.

Barber, B. R. (2014). Participatory Democracy. In M. T. Gibbons (Hrsg.), *The encyclopedia of political thought* (S. 2650–2654). John Wiley & Sons. https://doi.org/10.1002/9781118474396.wbept0752

Barnes, S. H., Kaase, M., Allerback, K. R., Farah, B., Heunks, F., Inglehart, R., Jennings, M. K., Klingemann, H.-D., Marsh, A. & Rosenmayr, L. (Hrsg.). (1979). *Political action: Mass participation in five Western democracies*. Sage.

Baykara-Krumme, H. & Deimel, D. (2017). Erfahrungen im familiären und räumlichen Umfeld. In H. J. Abs & K. Hahn-Laudenberg (Hrsg.), *Das politische Mindset von 14-Jährigen: Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016* (S. 306–324). Waxmann.

Der Bundeswahlleiter. (2022). *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021: Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen.* Statistisches Bundesamt.

Conover, P. J. (1995). Citizen identities and conceptions of the self. *Journal of Political Philosophy*, *3*(2), 133–165. https://doi.org/10.1111/j.1467-9760.1995.tb00032.x

Dahl, R. A. (1989). *Democracy and its critics*. Yale University Press.

Deimel, D. (2023). *Kontexte der Genese politischer Partizipationsbereitschaft*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-40625-7

Deimel, D. & Hahn-Laudenberg, K. (2017). Gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft. In H. J. Abs & K. Hahn-Laudenberg (Hrsg.), *Das politische Mindset von 14-Jährigen: Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016* (S. 205–232). Waxmann.

Deimel, D., Hoskins, B. & Abs, H. J. (2020). How do schools affect inequalities in political participation: Compensation of social disadvantage or provision of differential access? *Educational Psychology*, *40*(2), 146–166. https://doi.org/10.1080/01443410.2019.1645305

DESTATIS. (2023). *GENESIS-Online: Die Datenbank des Statistischen Bundesamtes*. https://www-genesis.destatis.de/

Eckstein, K., Noack, P. & Gniewosz, B. (2013). Predictors of intentions to participate in politics and actual political behaviors in young adulthood. *International Journal of Behavioral Development*, *37*(5), 428–435. https://doi.org/10.1177/0165025413486419

Ekman, J. & Amnå, E. (2012). Political participation and civic engagement: Towards a new typology. *Human Affairs*, *22*(3), 283–300. https://doi.org/10.2478/s13374-012-0024-1

Fend, H. (2009). *Neue Theorie der Schule* (2. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91788-7

Fishbein, M. & Ajzen, I. (2010). *Predicting and changing behavior: The reasoned action approach*. Psychology Press. https://doi.org/10.4324/9780203838020

Goerres, A. (2010). Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. *Politische Vierteljahresschrift*, *51*(2), 275–296. https://doi.org/10.1007/s11615-010-0018-8

Goldenbaum, M. & Thompson, C. S. (2020). Fridays for Future im Spiegel der Medienöffentlichkeit. In S. Haunss & M. Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 181–203). Transcript. https://doi.org/10.1515/9783839453476-009

Gröschner, C. & Schildknecht, L. (2023). Jugend und gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit: Ein empirischer Einblick in kollektives Handeln. *Sozial Extra*, *47*(3), 132–136. https://doi.org/10.1007/s12054-023-00598-0

Hahn-Laudenberg, K. (2018). Ziviler Ungehorsam als Eigenschaft guter Bürger*innen? Die Erfassung von Bürgeridealen in ICCS 2016. In S. Manzel & L. Möllers (Hrsg.), *Populismus und Politische Bildung* (S. 62–68). Wochenschau.

Hahn-Laudenberg, K., Jasper, J. & Abs, H. J. (2017). Sense of citizenship in der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Veränderungen und Zukunftsaussichten. *Tertium comparationis, 23*(1), 62-91. https://doi.org/10.25656/01:24673

Haunss, S. & Sommer, M. (Hrsg.). (2020). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Transcript. https://doi.org/10.1515/9783839453476

Hedtke, R. (2020). Interessen- statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung. In A. Szukala & T. Oeftering (Hrsg.), *Protest und Partizipation: Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Perspektiven* (S. 69–84). Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845296357-69

Hoffmann-Lange, U. & Gille, M. (2016). Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft. In A. Gürlevik, K. Hurrelmann & C. Palentien (Hrsg.), *Jugend und Politik: Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen* (S. 195–225). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09145-3_10

Hooghe, M. & Wilkenfeld, B. (2008). The stability of political attitudes and behaviors across adolescence and early adulthood: A comparison of survey data on adolescents and young adults in eight countries. *Journal of Youth and Adolescence*, *37*(2), 155–167. https://doi.org/10.1007/s10964-007-9199-x

Kenner, S. & Lange, D. (2020). Bürgerbewusstsein, politisches Lernen und Partizipation im digitalen Zeitalter. *DDS – Die Deutsche Schule*, *112*(2), 178–191. https://doi.org/10.31244/dds.2020.02.05

Kumkar, N. C. (2022). Die Radikalisierung der Radikalisierungsbehauptung: Zum Diskurs über die Letzte Generation. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83240-7

Matafora, B., Abs, H.-J., & Hahn-Laudenberg, K. (2021). Assessing the national identity and sense of belonging of students in Germany with immigration backgrounds. *JSSE – Journal of Social Science Education*, *20*(2). https://doi.org/10.4119/jsse-3628

Mayer, S. J., Goerres, A. & Spies, D. C. (2021). Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund – Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES). In B. Weßels & H. Schoen (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017* (S. 81–97). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33582-3_5

Neundorf, A. & Smets, K. (2017). Political socialization and the making of citizens. *Oxford Handbooks Online.* https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199935307.013.98

Niedermayer, O. (2005). *Bürger und Politik: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen* (2., aktual. und erw. Aufl.). VS. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2023-2-376

Niedermayer, O. (2023). Parteimitgliedschaften im Jahre 2022. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *54*(2), 376–407. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2023-2-376

Quintelier, E. & Blais, A. (2016). Intended and reported political participation. *International Journal of Public Opinion Research*, *28*(1), 117–128. https://doi.org/10.1093/ijpor/edv017

Rawls, J. (1971/1998). *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Suhrkamp. (Erstveröffentlichung 1971)

Roth, R. (2011). Durch Beteiligung zur Bürgerdemokratie. In K. Beck & J. Ziekow (Hrsg.), *Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie* (S. 45–55). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93065-7_4

Schmidt, M. G. (2010). *Demokratietheorien: Eine Einführung* (5. Aufl.). *Lehrbuch*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Kerr, D. & Losito, B. (2010). *ICCS 2009 International Report: Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary students in 38 countries*. IEA.

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Losito, B., Agrusti, G. & Friedman, T. (2018). *Becoming Citizens in a Changing World*. Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-319-73963-2

Schulz, W., Fraillon, J., Losito, B., Agrusti, G., Damiani, V., Ainley, J. & Friedman, T. (2023). *Education for citizenship in times of global challenge: IEA International Civic and Citizenship Education Study 2022 international report*. IEA.

Theocharis, Y. (2015). The conceptualization of digitally networked participation. *Social Media + Society*, *1*(2), 205630511561014. https://doi.org/10.1177/2056305115610140

Theocharis, Y. & van Deth, J. W. (2018). *Political participation in a changing world: Conceptual and empirical challenges in the study of citizen engagement*. Routledge. https://doi.org/10.4324/9780203728673

Uehlinger, H.-M. (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-14340-6

van Deth, J. W. (2007). Einführung: Kinder als junge Staatsbürger. In J. W. van Deth, S. Abendschön, J. Rathke & M. Vollmar (Hrsg.), *Kinder und Politik* (S. 9–27). VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90587-7_1

van Deth, J. W. (2014). A conceptual map of political participation. *Acta Politica*, *49*(3), 349–367. https://doi.org/10.1057/ap.2014.6

van Deth, J. W. (2016). Partizipation in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In H.-J. Lauth, M. Kneuer & G. Pickel (Hrsg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 169–180). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02338-6_13

Vetter, A. & Remer-Bollow, U. (2017). Nichtwähler und der Rückgang der Wahlbeteiligung. In A. Vetter & U. Remer-Bollow (Hrsg.), *Grundwissen Politik. Bürger und Beteiligung in der Demokratie: Eine Einführung* (S. 203–222). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13722-9_10

Whiteley, P. F. (1995). Rational choice and political participation — evaluating the debate. *Political Research Quarterly*, *48*(1), 211–233. https://doi.org/10.1177/106591299504800112

Ziemes, J. F., Hahn-Laudenberg, K. & Abs, H. J. (2020). The impact of schooling on trust in political institutions – Differences arising from students' immigration backgrounds. *Learning, Culture and Social Interaction*, *26*, 100429. https://doi.org/10.1016/j.lcsi.2020.100429

Ziemes, J. F., Jasper, J., Deimel, D., Hahn-Laudenberg, K. & Abs, H. J. (2017). ICCS 2016 – Design und methodisches Vorgehen. In H. J. Abs & K. Hahn-Laudenberg (Hrsg.), *Das politische Mindset von 14-Jährigen: Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016* (S. 47–76). Waxmann.

Bildnachweis S. 199:
Sarah Lüder, Tripod, aus der Serie: Dannenrod, Hessen. Deutscher Jugendfotopreis 2022/DHM